

Bezirksamtsvorlage Nr. 523

zur Beschlussfassung -

für die Sitzung am Dienstag, dem 05.03.2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 3132/V, Beschluss vom 27.05.2021 betrifft:

Auflagenbeschluss zum Eckwertebeschluss

2. Berichterstatter/in:

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „**Auflagenbeschluss zum Eckwertebeschluss**“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Bezirksbürgermeisterin beauftragt.

III. Veröffentlichung: ja

IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat:

b) Frauenvertretung:

c) Schwerbehindertenvertretung:

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz

10. Mitzeichnung(en):

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Vorlage -zur Kenntnisnahme- über **Auflagenbeschluss zum Eckwertebeschluss**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 27.05.2021 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 3132/V)

Das Bezirksamt wird ersucht, die Eckwerte so zu bilden, dass folgende Bedarfe bei der Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2022/23 Berücksichtigung finden:

Geschäftsbereich übergreifend

Die im bezirklichen Rahmen bestehenden Möglichkeiten für eine Höhergruppierung von Ingenieur*innenstellen im Bereich der Bau- und Planungsabteilungen sollen wahrgenommen werden, um die Attraktivität der Stellen zu erhöhen und die Fluktuation zu verringern. Die in diesen Bereichen angemeldeten Mehrbedarfe sollen eingestellt werden.

Die bezirklichen Präventionsarbeit sowie vorhandene Präventionsprojekte sollen mindestens auf dem bisherigen Niveau fortgeführt, und auch evaluiert werden.

Geschäftsbereich 1

Bezirksbürgermeister

Für die Stelle des/der Queer-Beauftragten ein Jahresbudget für Informationsveranstaltungen u. a. in Höhe von 20T€ vorzusehen.

Die Weiterführung der Maßnahmen an der Kurfürstenstraße zur Entlastung der Anwohner*innen und zur Unterstützung der Sexarbeiter*innen finanziell gewährleisten. Maßnahmen der Bürgerbeteiligung sind finanziell abzusichern. Das Ehrenamt ist weiter zu fördern.

Personal

Die Stärke von Mitte ist seine Vielfalt. Diese Vielfalt muss sich auch in der Verwaltung widerspiegeln. Der Bezirk stellt finanzielle Mittel bereit, damit Diversity-Schulungen aller Führungskräfte durchgeführt und ausreichend Plätze für (Sprungbrett-)praktika bzw. Hospitationen in den Ämtern des Bezirks durchgeführt werden können, die langfristig in Anstellungsverhältnissen und Ausbildungsplätzen münden.

Der Bezirk soll über den eigenen Bedarf hinaus Ausbildungsplätze weiterhin bereitstellen.

Integration

Die bezirklichen Projekte zur Integrationsarbeit sollen finanziell abgesichert werden.

Gleichstellung

Die Mittelverstärkung des Doppelhaushaltes 2020/21 der Gleichstellungsbeauftragten für Fortbildungen und Veranstaltungen sind beizubehalten.

Wirtschaft

Die bezirkliche Wirtschaftsförderung soll personell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie den besonderen Bedarfen, die durch die Pandemie entstanden sind, nachkommen kann. Dabei sollen besonders Soloselbständige, Kulturschaffende und Kleingewerbetreibende in den Fokus genommen werden.

Geschäftsbereich 2

Soziales

Eine finanzielle Untersetzung der Ergebnisse des Workshops des Sozialamtes zur Weiterentwicklung der Arbeit der Schuldner*innenberatung ist vorzunehmen.

Das finanzielle Ausstattungsniveau der Senior*innenbegegnungsstätten soll beibehalten werden.

Die aufsuchende Sozialarbeit soll personell gestärkt werden.

Die Wohnraumakquise im Sozialamt soll personell gestärkt, um Wohnraum für Wohnungslose zu akquirieren.

Mittel für ein peer-to-peer Modellprojekt sowie eine Stelle im Sozialamt zur Koordinierung gegen Einsamkeit von Menschen einzustellen.

Einrichtungen und Leistungen der Obdachlosenhilfe sollen zumindest im bisherigen Umfang zur Verfügung gestellt werden.

Gesundheit

Die personelle Untersetzung des Mustergesundheitsamtes ist vorzunehmen. Dabei sind die zusätzlichen Stellen durch den Pakt für den Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) zu gewährleisten.

Es ist sicherzustellen, dass die Ersthausbesuche bei Geburt eines Kindes flächendeckend im Bezirk stattfinden, die Schuleingangsuntersuchungen rechtzeitig und vollständig vorgenommen werden und die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit dem Jugendamt im Bereich der Frühen Hilfen und des Kinderschutzes zu jeder Zeit gewährleistet ist.

Stadtentwicklung

Die Mittel für die Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlich Tätigkeit in den Quartiers- und Vergaberäten, Stadtteil- und Betroffenenvertretungen sowie dem Frauenbeirat Stadtplanung sind im Eckwertebeschluss aufzunehmen.

Die finanzielle Ausstattung der Stadtteilkoordination sowie die bürgerschaftlichen Initiativen „Betroffenenrat Lehrter Straße“, „Bürgerverein Luisenstadt“ und „Bürgerverein Hansaviertel“ soll beibehalten werden.

Anlehnend an das Projekt „Klubmobil“ des Quartiersmanagements Moabit West soll die mobile Spielplatzbetreuung auf allen Spielplätzen in Moabit fortgeführt werden.

Geschäftsbereich 3

Jugend, Familie und Bürgerdienste

Es ist dafür zur Sorge zu tragen, dass die zusätzlichen zweckbestimmten Mittel nach dem Jugendförderungsgesetz und dem Familienförderungsgesetz im Jahre 2022 und 2023 dem Bereich Jugend für die Arbeit gemäß §§ 11, 13 und 16 SGB VIII zusätzlich zu den Mitteln im Haushaltsplan 2021 zzgl. der prognostizierten Tarifsteigerungen bei den freien Trägern für die Jahre 2022 und 2023 abzüglich der Umlagen zur vollumfänglichen Verfügung stehen.

Der Bereich Kinderschutz soll personell gestärkt werden. Die Personalausstattung des Regionalen Sozialen Dienstes (RSD) ist entsprechend den fachlichen Empfehlungen weiter anzupassen. Der Bereich der Frühen Hilfen soll finanziell abgesichert werden. Die Erstellung der Jugend- und Familienförderpläne ist entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vorzunehmen und zur Grundlage der finanziellen Absicherung der Strukturen und Angebote zu machen.

Es ist in geeigneter Weise sicherzustellen, dass Mittel für die Kinder- und Jungenbeteiligung, auch mit eigener Verantwortung für Budgets, in den Sozialräumen zur Verfügung stehen.

Das Jugendprojekt JARA ist mit finanzieller Unterstützung des Landes zu sichern und ein geeigneter langfristig nutzbarer Standort zu finden.

Die personelle Mindestausstattung in den Bürgerämtern soll sichergestellt werden.

Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, dass Einbürgerungsverfahren schneller durchgeführt und abgeschlossen werden können.

Im Bereich des Standesamtes sollen zusätzliche Personalmitel für Höhergruppierungen veranschlagt werden.

Der Bereich der Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum, ist durch geeignete personelle Maßnahmen leistungsfähiger auszugestalten.

Finanzielle Mehrbedarfe der Mieter*innenberatung sind einzustellen.

Geschäftsbereich 4

Schule und Facilitymanagement

Die Personalentwicklung im Schulamt ist zu gewährleisten. Die Schulbauoffensive ist personell und finanziell abzusichern.

Die Mittel für bauliche Unterhaltung sollen um einen angemessenen Betrag erhöht werden, um die dringend notwendigen Sanierungen der bezirklichen Liegenschaften

voranzutreiben. Dabei sollen auch Maßnahmen zur Prävention und Beseitigung von Schimmel bedacht werden.

Der Etat für Instandhaltung, Sanierung und die Investitionen in die Schulliegenschaften einschließlich der außerschulischen Lernorte (Jugendverkehrsschulen, Schulumweltzentrum und Jugendkunstschule gemäß § 124a Schulgesetz) sowie andere Lern- und Bildungsorte (z. B. Bibliotheken) soll bedarfsgerecht im Haushalt bereitgestellt werden. Verbesserungen des Schulcaterings sollen bedacht werden.

Die Ausstattung von Schulhausmeister*innen soll durch entsprechende Finanzmittel verbessert werden.

Zur Stärkung der Demokratiebildung an den Schulen sind die bezirklichen Mittel für den Schülerhaushalt im Vergleich zu 2020 und 2021 zu verstärken, damit noch mehr Schulen des Bezirks teilnehmen können.

Sport

Die Sportinfrastruktur des Bezirks ist zu sichern und der bezirkliche Sportentwicklungsplan soll nach der Priorität der Maßnahmen schrittweise umgesetzt werden.

Geschäftsbereich 5

Bildung und Kultur

Für die Umsetzung des Erinnerungsprojekts „ihr letzte Weg/Levetzowstraße“ ist eine Grundfinanzierung vorzunehmen.

Für die Erarbeitung eines bezirklichen Dekolonisierungskonzept sind 20T€ als Startfinanzierung einzustellen.

Für die Einrichtung, den Erhalt und die Pflege von Gedenk- und Informationstafeln im Rahmen der Erinnerungsarbeit sind 20T€ jährlich zur Verfügung zu stellen.

Straßen- und Grünflächenamt

Für den Bereich der Radverkehrsplanung sollen zwei zusätzliche Stellen in den Eckwertebeschluss aufgenommen werden. Die Stellen sind nicht mit evtl. erfolgenden zusätzlichen Stellen des Landes zu verrechnen.

Ausreichend Stellen für die Entwicklung, Planung und Umsetzung von bezirklichen Verkehrsprojekten der Verkehrswende im Nebenstraßennetz einzustellen.

Die im Doppelhaushalt 2020/21 eingestellten bezirklichen Mittel und die zusätzlichen Senatsmittel für den Bereich der Grünflächenunterhaltung und der Pflege für Straßenbäume sind mindestens in gleicher Höhe fortzuschreiben.

Ausreichend Mittel für die Sonderreinigung von Parkanlagen auch am Wochenende sowie der nötigen Kontrollen zur Verfügung zu stellen.

Die Unterhaltung, Sanierung und bedarfsgerechte Entwicklung der Spielplätze ist personell und finanziell abzusichern. Es ist zu gewährleisten, dass zusätzliche Mittel des Landes komplett abgerufen und verwendet werden (KSSP).

Umwelt- und Naturschutzamt

Die Stelle der Beauftragten für Klimaschutz des Bezirksamts ist zu einem Klimaschutzreferat weiterzuentwickeln. Die hierfür notwendige personelle Untersetzung ist vorzunehmen.

Das Bezirksamt wird darüber hinaus aufgefordert sich beim Land dafür einzusetzen, dass:

- die Integrationsfonds mindestens in gleicher Höhe bestehen bleiben,
- die Tarifierhöhungen auch für Freie-Träger vollumfänglich an die Bezirke weitergegeben werden,
- Höhergruppierung von Ingenieur*innenstellen im Bereich der Bau- und Planungsabteilungen und des ärztlichen Personals im Gesundheitsamt vorgenommen werden, damit die Bezirke wettbewerbsfähige Arbeitgeber*innen sein können,
- bezirkliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für Anwohnende und Sexarbeitende an der Kurfürstenstraße finanziert werden,
- den Bezirken die Mittel für Konzeption und personelle Umsetzung einer Antidiskriminierungsstelle auf Grundlage des Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) zugewiesen werden,
- ausreichend Mittel und eine entsprechende personelle Unterlegung für eine Klimaschutzoffensive den Bezirken zur Verfügung gestellt werden,
- die finanziellen Voraussetzungen für eine Kommunalisierung der Schulreinigung geschaffen werden.

Das Bezirksamt hat am 05.03.2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Der Beschluss ist in der Sache erledigt, einerseits, da der Haushalt 2022/2023 nunmehr in der Vergangenheit liegt und andererseits, da der Auflagenbeschluss bei der Eckwertebildung des Haushaltsplanentwurfs 2022/2023 berücksichtigt wurde.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V.m. § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Sind dem Haushaltsplan 2022-2023 zu entnehmen

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Sind dem Haushaltsplan 2022-2023 zu entnehmen

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Text

Berlin, den

Bezirksbürgermeisterin Remlinger